

Tourismuspolitik

Franziska Decker/Anna-Lena Kirch

Im vergangenen Jahr war der europäische Tourismus primär von der Covid-19-Pandemie und damit einhergehenden Reisebeschränkungen beeinflusst. Die deutsche Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 stand ganz im Zeichen des Krisenmanagements, inklusive der Wiederherstellung der vier Freiheiten des europäischen Binnenmarktes. In diesem Kontext adressierte sie auch die massiven Einschränkungen für den europäischen Tourismus und forcierte eine Strategie des nachhaltigen und digital gestützten Wiederaufbaus.

Rolle der Tourismusbranche im EU-Haushalt und Wiederaufbauplan

Aktive Impulse kamen von Seiten des Europäischen Parlaments (EP), indem es zusätzliche Maßnahmen und insbesondere finanzielle Mittel zur Rettung der Tourismus- und Reisebranche in der EU forderte.¹ Die Abgeordneten riefen nach kurzfristig verfügbaren Finanzspritzen, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor der Insolvenz zu bewahren, und forderten eine tourismusspezifische Budgetlinie im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027. In einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs und die deutsche Ratspräsidentschaft bezifferten die Abgeordneten des Ausschusses für Transport und Tourismus die Höhe eines nötigen EU-Tourismusbudgets auf 300 Mio. Euro.

Entgegen der Forderung des EP enthalten weder der MFR noch NextGenerationEU tourismusspezifische Budgetlinien. Stattdessen bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, tourismusbezogene Projekte in ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne aufzunehmen. Das EP beklagte des Weiteren, dass Tourismus weder im Europäischen Struktur- und Investitionsfonds noch im Binnenmarktprogramm als gesonderter Posten aufgeführt ist. Angesichts dieses wahrgenommenen Mangels forderte das Parlament wie in den Jahren zuvor erneut eine systematische Aufwertung des Politikfeldes Tourismus auf EU-Ebene, inklusive eigener Governance-Strukturen und einer stärkeren Ressourcenausstattung.

Wiederherstellung europäischer Freizügigkeit

Direkt verknüpft mit Strategien zum wirtschaftlichen Wiederaufbau waren Maßnahmen zur kontrollierten Wiederherstellung europäischer Freizügigkeit, unter Abwägung gesundheitlicher Risiken. Am 4. September 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission Empfehlungen zur besseren Koordinierung nationaler Reisebeschränkungen, um Transparenz und Planungssicherheit für Reisende und Unternehmen zu stärken. Der Vorschlag beinhaltet gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte für die Einführung von Reisebeschränkungen, die Bewertung EU-weiter Risiken und den Umgang mit Reisenden, die aus „Hochrisiko“-Zonen kommen.² Unter der deutschen Ratspräsidentschaft fand am 28. September ein informelles Treffen zum Erfahrungsaustausch der für Tourismus zuständi-

1 Europäisches Parlament: Entschließung, Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus, 19.6.2020, 2020/2649(RSP).

2 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine koordinierte Vorgehensweise bei der Beschränkung der Freizügigkeit aufgrund der COVID-19-Pandemie, 4.9.2020, COM(2020) 499 final.

gen MinisterInnen statt, bei dem ebenfalls Strategien zur Wiederherstellung größtmöglicher Reisefreiheit diskutiert wurden. Im Oktober folgte daraufhin eine Rats-Empfehlung (2020/1475) zu gemeinsamen Kriterien, Schwellenwerten und Standards zu Risikobewertungen, Einreisebestimmungen und dem Umgang mit Reisebeschränkungen.

Wichtige Fortschritte wurden unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft erzielt, die sich explizit sowohl mit krisenbedingten als auch strukturellen Herausforderungen für einen nachhaltigen Tourismus befasste. Am 17. März 2021 schlug die Europäische Kommission die Einführung eines grünen digitalen Zertifikats für internationale Reisen vor. Ein QR-Code soll als Nachweis dafür dienen, dass eine Person gegen Covid-19 geimpft wurde, genesen ist oder ein negatives Testergebnis erhalten hat. Der Vorschlag sieht zudem vor, dass die betreffenden EU-Mitgliedstaaten zukünftige erneute Reisebeschränkungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit frühzeitig ankündigen und ausreichend begründen müssen. Der Vorschlag wurde Ende Mai verabschiedet, um ab Juli 2021 in den Mitgliedstaaten implementiert zu werden.³

Zukunftsagenda europäischer Tourismuspolitik über die Pandemie hinaus

Neben Krisenbewältigung und wirtschaftlichen Wiederaufbau war die tourismuspolitische Agenda insbesondere auf die Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung fokussiert. Unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft wurden hierzu gesonderte Ratsschlussfolgerungen veröffentlicht. Darin forderte der Rat Kommission und Mitgliedstaaten dazu auf, bis Ende 2021 eine gemeinsame Europäische Tourismusagenda 2030/2050 vorzulegen, die im Einklang mit dem Europäischen Green Deal, der EU-Digitalisierungsstrategie und den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen den europäischen Tourismussektor stärkt.⁴ Auch das EP forderte die Kommission dazu auf die Entwicklung nachhaltiger Tourismusmodelle voranzutreiben, etwa durch eine stärkere Digitalisierung und Modernisierung des Tourismussektors, die insbesondere KMU befähigt, stärker von Online-Buchungsplattformen zu profitieren und nachhaltige Geschäftsideen umzusetzen.⁵

Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas strebt das EP eine Kompetenzerweiterung der EU im Bereich europäischer Tourismuspolitik an: von einer ergänzenden hin zu einer geteilten Kompetenz. In der Entschließung von März 2021 ist die Rede von der Schaffung einer Europäischen Tourismus-Union mit einer Europäischen Tourismus-Agentur, die dem politikfeldübergreifenden Charakter des Politikfeldes gerecht wird. Vor diesem Hintergrund fordert das EP die Kommission insbesondere zur Vorlage einer neuen Strategie für nachhaltigen Tourismus auf, die das Strategiedokument aus dem Jahr 2010 ersetzen soll.

Weiterführende Literatur

Beata Zofia Filipiak et al.: Economic development trends in the EU tourism industry. Towards the digitalization process and sustainability, in: Quality & Quantity 2020.

Maria Rodrigues et al.: Research for TRAN Committee – Relaunching transport and tourism in the EU after COVID-19, European Parliament, Policy Department for Structural and Cohesion Policies, Brüssel 2021.

3 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung über interoperable Zertifikate zur Bescheinigung von Impfungen, Tests und der Genesung mit der Zielsetzung der Erleichterung der Freizügigkeit während der COVID-19-Pandemie (digitaler grüner Pass), 17.3.2020, COM(2021) 130 final.

4 Rat der EU: Schlussfolgerung, Tourism in Europe for the next decade: sustainable, resilient, digital, global and social, 27.5.2021, 8475/21.

5 Europäisches Parlament: Entschließung, Festlegung einer EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus, 25.3.2021, 2020/2038(INI).